

**Deutsche Vereinigung für politische Bildung  
Landesverband Schleswig-Holstein**

Prof. Dr. Klaus-Peter Kruber  
Köpenicker Str. 75  
24111 Kiel  
Tel. 0431-697515  
email: [dvpb.sh@web.de](mailto:dvpb.sh@web.de) oder [kpkruber@t-online.de](mailto:kpkruber@t-online.de)

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/3056

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Innen- und Rechtsausschuss  
Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung des Amtes eines oder einer Landesbeauftragten für politische Bildung (Ds. 18/1750)

Sehr geehrte Frau Ostmeier,  
gerne nehmen wir zu dem o.g. Gesetzentwurf Stellung.

Der Landesverband Schleswig-Holstein der Deutschen Vereinigung für politische Bildung hat sich im vergangenen Jahr mit mehreren Schreiben beim Landtagspräsidenten und bei den Fraktionen des Landtags für die rasche Wiederbesetzung der Leitung der Landeszentrale für politische Bildung eingesetzt. Die seit einem Jahr andauernde Vakanz und der Abbruch des Verfahrens lähmen die Arbeit der Landeszentrale, und die darüber in die Öffentlichkeit gelangten Berichte machen uns besorgt um die Unabhängigkeit dieser wichtigen Institution.

Erforderlich ist eine rasche Regelung, die eine **arbeitsfähige personelle und sachliche Ausstattung, parteipolitische Unabhängigkeit und die Leitung durch eine politikwissenschaftlich und fachdidaktisch qualifizierte Persönlichkeit mit Erfahrungen in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung** umfasst.

Der vorliegende Gesetzentwurf (Ds. 18/1750) schafft dafür einige Voraussetzungen, bedarf aber ergänzender Regelungen.

Die Berufung einer/eines **Landesbeauftragten für politische Bildung** könnte eine innovative Organisationsform für die Leitung der Landeszentrale für politische Bildung sein. Bereits in unserer Stellungnahme gegenüber dem Landtag vom 13. August 2009 hatten wir dieses Modell als eine denkbare Variante ins Gespräch gebracht. Die Verankerung in einem eigenen Gesetz und die Wahl durch die Mehrheit des Landtags (§ 1) stärken die Position einer/eines Beauftragten und sichern formal die Unabhängigkeit der Landeszentrale. Eine Wahl der Landesbeauftragten mit Zweidrittelmehrheit, wie von der CDU gefordert (Ds. 18/1764), wäre ein verstärkendes Signal dafür, dass der Berufung ein überparteilicher Konsens zugrunde liegt. Eine weitere Möglichkeit, die Transparenz der Auswahl und die fachliche und didaktische Qualität der Bewerber zu befördern, wäre die Ausschreibung der Stelle und eine Vorauswahl durch das Kuratorium.

Das **Kuratorium** (§ 5) ist das vorrangige Aufsichtsgremium. Bei seiner Zusammensetzung muss sichergestellt sein, dass dieses Gremium neben Politikern aus den Landtagsfraktionen Experten aus Schulen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen und Vertreter der Verbände der politischen Bildung umfasst. Die DVPB gehört dem Gremium derzeit nicht an. Als Interessenvertretung der im Bereich politische und ökonomische Bildung Tätigen sollte sie künftig im Kuratorium vertreten sein.

Die (inzwischen beendete) gemeinsame Leitung von Landeszentrale und Öffentlichkeitsarbeit des Landtags hat sich in der Praxis nicht in allen Teilen so bewährt, wie das 2011 erwartet werden konnte. Die **Zuordnung der Landeszentrale zum Landtag** (§ 1) sollte dennoch beibehalten werden, denn das Amt eines Landesbeauftragten ist politiksystematisch wohl eher beim Parlament als in der Exekutive anzusiedeln. Dabei muss durch verbindliche Regelungen eine enge Zusammenarbeit mit den für politische Bildungsarbeit relevanten Referaten der Ministerien (Schulen, Jugendprojekte, Gedenkstätten ....) gewährleistet sein.

Die Auflistung der **Aufgaben der Landeszentrale** (§ 2) macht die Vielfalt ihrer Funktionen deutlich. Ausdrücklich genannt werden sollten noch Projektarbeit mit Jugendlichen (hier hat die Landeszentrale anerkannte Projekte entwickelt!) und die Aufgabe, die verschiedenen Angebote zur politischen Bildung seitens der verschiedenen Bildungsträger im Lande zu sammeln und über moderne IT-Medien zu verbreiten.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist unverzichtbar für die Förderung und Vernetzung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung des Landes. Angesichts von zunehmender Wahlmüdigkeit, verbreiteter Politik- und Demokratieverdrossenheit und erschreckend geringen Kenntnissen über politische und ökonomische Zusammenhänge in der Bevölkerung benötigt die Landeszentrale eine gesicherte und substanziell gestärkte Zukunft, wenn sie ihre Netzwerkfunktion dauerhaft erfüllen soll. Es muss definitiv Schluss sein mit weiteren Einschnitten und der Verunsicherung durch wechselnde organisatorische Zuordnungen. Im laufenden parlamentarischen Verfahren sollten nicht nur organisatorische Fragen geklärt, sondern auch die Mittelausstattung den Erfordernissen angepasst werden: Die aktuelle Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal (Leitungsposition + ein weiterer Fachreferent) ist reduziert auf das absolute Minimum der Arbeitsfähigkeit. Erforderlich ist eine Aufstockung, wenn die in § 2

des Gesetzentwurfs genannten Aufgaben tatsächlich wahrgenommen und nicht lediglich als Wunschkatalog verstanden werden sollen.

Kiel, den 23. Juni 2014

Prof. Dr. Klaus-Peter Kruber  
(1. Vorsitzender)